

720434-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden – Neubau Kindertagesstätte
Fritz-Ulrich-Weg Schwaikheim
OJ S 230/2024 26/11/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Schwaikheim

E-Mail: alexander.bauer@schwaikheim.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neubau Kindertagesstätte Fritz-Ulrich-Weg Schwaikheim

Beschreibung: Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind Objektplanungsleistungen und weitere Leistungen für den Neubau einer Kita im Fritz-Ulrich-Weg in Schwaikheim.

Kennung des Verfahrens: 36d0f3b7-8835-49a5-b528-9f24d5ef2c48

Interne Kennung: GSCHWAIK-2024-0005

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Marktplatz 2 - 4

Stadt: Schwaikheim

Postleitzahl: 71409

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die für die Abgabe eines Teilnahmeantrags und die Abgabe eines Angebots erforderlichen Vergabeunterlagen können mit und ohne Registrierung angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden. Teilnahmeanträge und Angebote sind ausschließlich elektronisch in Textform über die angegebene Vergabepattform einzureichen.

Es ist unzulässig, Teilnahmeanträge oder Angebote stattdessen unmittelbar an die Vergabestelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die angegebene Vergabepattform gestellt werden. Die - anonymisierten - Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Vergabeunterlagen werden nur auf der Vergabepattform zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst auf der Vergabepattform informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder

Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Teilnahmeanträge und Angebote zu beachten sind.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Korruption:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrugsbekämpfung:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Zahlungsunfähigkeit:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Entrichtung von Steuern:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: • Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vorliegt. • Verpflichtungserklärung Mindestentgelt nach dem LTMG BW

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Neubau Kindertagesstätte Fritz-Ulrich-Weg Schwaikheim

Beschreibung: Gegenstand dieses Vergabeverfahrens Objektplanungsleistungen und weitere Leistungen für den Neubau einer Kita im Fritz-Ulrich-Weg in Schwaikheim. die Projektmanagementleistungen. Der geplante Neubau einer 4-gruppigen Kindertagesstätte mit zwei U3-Gruppen (Unterdreijährige) und zwei Ü3-Gruppen (Überdreijährige) soll im Bereich des Fritz-Ulrich-Wegs in Schwaikheim auf einer vorhandenen Freizeit- und Grünfläche auf dem Grundstück Flst. Nr. 7885 errichtet werden. Das Grundstück steht im Eigentum der Gemeinde Schwaikheim und ist Teil einer Grünfläche mit aktueller Teilnutzung als Freizeitanlage (u.a. Bolzplatz). Das Grundstück liegt derzeit im Geltungsbereich des Bebauungsplans Bühl II. Für das Flurstück 7885 wird derzeit ein neuer Bebauungsplan

aufgestellt. Die erforderlichen Stellplätze sind auf dem Flurstück 725/4 zu planen. Das Flurstück 725/4 liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans Bühl I. Näheres ist in den Vergabeunterlagen geregelt.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Verlängerung bei Verzögerung des Projekts.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Marktplatz 2 - 4

Stadt: Schwaikheim

Postleitzahl: 71409

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 09/04/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/03/2027

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe (§ 47 VgV) müssen mit dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärungen abgeben

(Mindestanforderungen): • Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen. • Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur

Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). • Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB). •

Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). •

Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). • Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen

getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). • Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vorliegt. • Angabe des Berufs-/Handelsregisters und der Registernummer. • Eigenerklärung, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erbracht wird, und Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen mit Dritten, die für die zu vergebenden Leistungen relevant sind. • Nur von Bewerbern und jedem Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft abzugeben: Eigenerklärung zu Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung. • Nur bei Bewerbungsgemeinschaften: Bewerbungsgemeinschaftserklärung mit Erklärung der gesamtschuldnerischen Haftung und Angabe eines bevollmächtigten Vertreters und Darstellung, welches Unternehmen/Büro welchen Bereich übernimmt und wie die Zusammenarbeit erfolgen soll • Nur, wenn Unterauftragnehmer oder Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe (§ 47 VgV) eingesetzt werden sollen: Darstellung, welches Unternehmen/Büro welchen Bereich übernimmt und wie die Zusammenarbeit erfolgen soll. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft müssen mit dem Teilnahmeantrag folgende Mindestanforderungen erfüllen: • Eigenerklärung über den Umsatz (netto) in den Jahren 2021, 2022 und 2023 im Bereich der zu vergebenden Leistungen. • Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft müssen entweder eine Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 5 Mio. Euro für Personenschäden und mindestens 5 Mio. Euro für Sach- und Vermögensschäden, jeweils zweifach maximiert pro Jahr, nachweisen oder erklären, dass eine entsprechende Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung im Falle der Zuschlagserteilung vor der Zuschlagserteilung abgeschlossen wird.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Jeder Bewerber und jede Bewerbungsgemeinschaft müssen im Teilnahmeantrag mindestens drei Referenzen angeben werden, die die nachfolgend genannte Anforderungen erfüllen (Mindestbedingungen). Für alle nachfolgend genannten Referenzen muss im Teilnahmeantrag ein Ansprechpartner des Referenzgebers für Rückfragen angegeben werden. Zudem muss dem Teilnahmeantrag für jede Referenz eine aussagekräftige Projektbeschreibung beigelegt werden. Hinweis für Bewerbungsgemeinschaften und Bewerber mit Nachunternehmern: Die Referenzanforderungen müssen von dem Unternehmen/Büro nachgewiesen werden, das im Falle der Zuschlagserteilung den betreffenden Bereich übernehmen soll. Alle drei Referenzen müssen jeweils folgende Grundanforderungen erfüllen: • Es müssen mindestens die wesentlichen Grundleistungen der Leistungsphasen 2 bis 8 i.S.v. 34 Abs. 3 HOAI i.V.m. Anlage 10.1 der HOAI erbracht worden sein. • Die Leistungsphase 8 muss im Zeitraum 01.01.2019 bis zum Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge abgeschlossen worden sein. • Die Kosten der KG 300 und 400 der DIN 276 müssen sich bei jeder Referenz in Summe auf mindestens 2 Mio. Euro brutto

belaufen. • Es muss sich um Referenzen aus dem Bereich Bildungseinrichtungen handeln. Hierzu zählen beispielsweise Kinderkrippen, Kitas, Kindergärten, Schulen, Einrichtungen für die Erwachsenenbildung, Universitäten, Hochschulen, Fachhochschulen und Musikschulen. • Im Teilnahmeantrag muss für jede Referenz ein Ansprechpartner des Referenzgebers für Rückfragen angegeben werden. • Für jede Referenz muss dem Teilnahmeantrag eine aussagekräftige Projektbeschreibung beigefügt werden. Die Referenzen müssen ferner folgende besondere Anforderungen erfüllen: • (1) Bei mindestens einer der drei Referenzen muss es sich um ein Projekt handeln, für das der Referenzgeber Fördermittel der öffentlichen Hand erhalten hat (gefördertes Projekt). • (2) Bei mindestens einer der drei Referenzen muss es sich um eine Referenz für einen Auftraggeber im Sinne von § 98 GWB bzw. der entsprechenden Regelungen im EU-Vergaberecht handeln. • (3) Bei mindestens einer der drei Referenzen muss nachgewiesen werden, dass die tatsächlich angefallenen Kosten der KG 300 + 400 in Summe nicht höher waren als sie in der Kostenberechnung i.S.v. § 2 Abs. 11 HOAI (Kostenberechnung auf der Grundlage der Entwurfsplanung ohne etwaige Fortschreibungen) ermittelt wurden. Zum Verhandlungsverfahren werden maximal fünf Bewerber /Bewerbergemeinschaften zugelassen, die dann Bieter/Bietergemeinschaften genannt werden. Gibt es nur fünf oder weniger Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und bei denen ein formal ordnungsgemäßer Teilnahmeantrag vorliegt und die alle Mindestanforderungen erfüllen, werden nur diese zur Teilnahme an dem Verhandlungsverfahren zugelassen. Ob fehlende Angaben/Unterlagen bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 56 VgV nachgefordert werden, steht im Ermessen der Vergabestelle. Die Bewerber/Bewerbergemeinschaften haben keinen Anspruch darauf, dass die Vergabestelle von § 56 Abs. 2 bis 4 VgV Gebrauch macht und Unterlagen oder Angaben nachfordert. Sollten diese Voraussetzungen bei mehr als fünf Bewerbern /Bewerbergemeinschaften vorliegen, werden die fünf Bewerber/Bewerbergemeinschaften zum Verhandlungsverfahren zugelassen, die die höchste Punktzahl anhand der nachfolgenden Kriterien erzielen: Dabei werden die drei Referenzen, die zum Nachweis der Mindestbedingungen angegeben werden, jeweils anhand der Kriterien Funktionalität des Gebäudegrundrisse (maximal 3 Punkte je Referenz) und Kosteneinhaltung bewertet. Bei Kriterium Kosteneinhaltung können 3 Punkte erzielt werden, wenn die tatsächlichen Kosten der KG 300 + 400 in Summe nicht höher als sie in der Kostenberechnung i.S.v. § 2 Abs. 11 HOAI (Kostenberechnung auf der Grundlage der Entwurfsplanung ohne etwaige Fortschreibungen) ermittelt wurden. Da das Kriterium Kosten bereits als Mindestanforderung bei einer Referenz nachgewiesen werden muss, können für dieses Kriterium nur Punkte erzielt werden, wenn es bei zwei Referenzen oder drei Referenzen eingehalten wird. Wird das Kriterium nur bei einer Referenz eingehalten, können für das Kriterium Kosten keine Punkte erzielt werden. Bei Punktegleichstand entscheidet das Kriterium Kosten. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Planungskonzept

Beschreibung: Planungskonzept

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept Einhaltung Kostenobergrenze

Beschreibung: Konzept Einhaltung Kostenobergrenze

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Persönliche Referenzen Leitender Architekt

Beschreibung: Persönliche Referenzen Leitender Architekt

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Wertungshonorar

Beschreibung: Wertungshonorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vergabe24.de/vergabeunterlagen/54321-Tender-1933b481ee8-67f76fc56d6236de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 17/01/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.vergabe24.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 23/12/2024 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 2 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können: Die Vergabestelle behält sich vor, fehlende Angaben und Unterlagen nach Maßgabe von § 56 Abs. 2 bis 4 VgV nachzufordern (Ermessen der Vergabestelle). Bewerber/Bieter haben jedoch keinen Anspruch darauf, dass fehlende Angaben oder Unterlagen nachgefordert werden. Zusätzliche Informationen: Um einen möglichen Ausschluss zu vermeiden, reichen Sie bitte einen vollständigen Teilnahmeantrag ein. Allgemeine Informationen: Die für die Abgabe eines Teilnahmeantrags und die Abgabe eines Angebots erforderlichen Vergabeunterlagen können mit und ohne Registrierung angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden. Teilnahmeanträge und Angebote sind

ausschließlich elektronisch in Textform über die angegebene Vergabeplattform einzureichen. Es ist unzulässig, Teilnahmeanträge oder Angebote stattdessen unmittelbar an die Vergabestelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die angegebene Vergabeplattform gestellt werden. Die - anonymisierten - Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Vergabeunterlagen werden nur auf der Vergabeplattform zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst auf der Vergabeplattform informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Teilnahmeanträge und Angebote zu beachten sind.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der Bewerber muss über eine Person verfügen, der die Berufsqualifikation Architekt hat, d.h. die entsprechende Berufsbezeichnung tragen oder in der BRD entsprechend tätig werden darf (§ 75 VgV). Für jeden Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft muss die Eigenerklärung zu Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung (Sanktions-VO) mit dem Angebot abgegeben werden. Die Eigenerklärung wird mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt. Für jeden Bewerber, jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und für jeden Nachunternehmer muss die Verpflichtungserklärung Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz entweder mit dem Teilnahmeantrag oder mit dem Erstangebot abgegeben werden. Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Bewerber-/Bietergemeinschaften müssen gesamtschuldnerisch haften und einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Finanzielle Vereinbarung: siehe Vergabeunterlagen

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg gestellt werden, solange der Auftraggeber noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem der Auftraggeber die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung nach § 134 GWB informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Informationen per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§ 134, 135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat oder der Antragsteller Verstöße

gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Gemeinde Schwaikheim

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Gemeinde Schwaikheim

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Schwaikheim

Registrierungsnummer: t:071955820

Postanschrift: Marktplatz 2 - 4

Stadt: Schwaikheim

Postleitzahl: 71409

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Bauverwaltungsamt

E-Mail: alexander.bauer@schwaikheim.de

Telefon: +49 719558229

Fax: +49 719558245

Internetadresse: <https://www.schwaikheim.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: t:07219263985

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +497219268730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d4b51594-a9c6-417e-97ff-f333b27e2269 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 22/11/2024 17:21:54 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 720434-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 230/2024

Datum der Veröffentlichung: 26/11/2024